

# Dorfzeitung und Elbgaupreise

Verlags-Anstalt: Unt. Dresden Nr. 31807  
Tel.-Adresse: Elbgaupreise Blasewitz

## Lageszeitung

Post-Bureau: Ellg. Deutsche Creditanstalt, Blasewitz  
Postleitzahl: Nr. 517 Dresden

der Amtshauptmannschaften Dresden-Ultz. und Dresden-Meist., des Amtsgerichts Dresden, der Superintendenz Dresden II, des Forstamts Dresden, sowie der Gemeinden Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Radebeul, Böhla, Weißig, Schönfeld, Wachwitz, Niederpoyritz, Höfgenwitz, Pilnitz, Dobritz, Laubegast.

Druck und Verlag: Elbgau-Verlagsgesellschaft Hermann Beyer & Co., Blasewitz. / Verantwortlich für die Chefredaktion: Otto G. Zimmermann, Dresden; für den Anzeigenteil: Paul Beyer, Dresden.

Erscheint jeden Montag nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag.  
Bezugspreis: durch die Post vierterl. 12.— einschließlich Briefporto;  
durch Boten frei ins Haus vierterl. 12.— monatlich 4.—  
bei Abholung in der Geschäftsstelle vierterl. 11.— monatlich 3.75

### Das Ergebnis der ersten Tagung des Völkerbundes.

Den Abschluss der ersten Tagung des Völkerbundes in Genf bildete eine ungemein lächerliche Szene, „allgemeine Bewegung“ im Saal und auf den Tribünen stellte die Berichterstattung fest, die Delegierten drückten einander die Hände, einige besonders überzeugende Redner stießen einander sogar um den Hals. Aber es war eben eine Szene. Sie kann nicht verschüttet werden, das Ergebnis der Tagung überaus dürfsig ist. Man könnte es geradezu einen Bankett des Völkerbundes nennen, wenn es nicht vorauszusehen gewesen wäre. Der Völkerbund ist ja nichts anderes als ein Abklatsch der auf dem Wiener Kongress ausgeheilten Heiligen Allianz, selbstverständlich, den heutigen Verhältnissen entsprechend, auf alle fünf Erdteile ausgedehnt. Das der Vater des Völkerbundes, Präsident Wilson, als Professor der Geschichte eine neue Aussage jener Allianz für angebracht gehalten hat, ist der beste Beweis, wie wenig er die auf ihn eindringenden Gesichte zu meistern vermag. Die Heilige Allianz, der Bund aller gegen alle, war ein von vornehmesten Unfruchtbarkheit verurteiltes Phantasm, über das wirkliche Historiker wie unser Treitschke nur lachten. Und vollends nun dieser Völkerbund, der unter den unklaren Vorhälften seine begründende Versammlung hält! Er sollte seine Sitzung annehmen, und tat es auch, trotzdem sein Begründer Wilson und mit ihm die grösste Republik der Erde bestrebt steht. Die Folge war, dass ganz Amerika, das doch den Kern des Bundes hätte abgeben sollen, in die Opposition geriet. Nordamerika stand sofort außerhalb des Bundes, Argentinien zog unter dem Beifall von Chile und anderen südamerikanischen Staaten seinen Vertreter zurück, Kanada zeigte große Neigung, lieber mit der Union als mit dem Bunde zu gehen. Was will es unter diesen Umständen begagen, wenn der Schweizer Ehrenpräsident der Generaltagung Motta „das Vertrauen auf die Zukunft des Völkerbundes“ aussprach, dessen wichtigste Aufgabe vorläufig dieselbe, die Welt zu verbuchen? Das ist doch nur eine unabrehrliche Wendung, um nicht zu sagen, dass dem Bunde positive Arbeit einstweilen wohl nicht gelingen werde. Wie wenig er seiner Aufgabe, „ernste Konflikte zu verhindern und weiterhin für die Annäherung der Völker zu arbeiten“, gerecht wird, das mußte schon schwerwiegend gesagt werden. Präsident Homans selbst eingeschenkt mit dem Schlußwort: „Erneute Zeiten stehen bevor, und viele Länder sind neuen Angriffen ausgesetzt.“

Das ist in der Tat nur zu richtig. Denn wenn Homans betonte, „der Kongress habe versucht, neue Kriege zu verhindern,“ so ist das schon kaum noch wahr. Man denkt an Wilna und Armenien! Man kann, was da geschehen ist, bei besten Willen doch keinen Verlust nennen. Es war höchstens die Erkrankung der Krags, ob man einen Versuch ohne die Gefahr eines allzugroßen Misserfolges wagen durfte. Und es ist praktisch von sehr geringer Bedeutung, wenn Homans versichert: „Auch in diesen Punkten habe in den Grundsätzen bei allen Mitgliedern der Versammlung Einmütigkeit bestanden.“ Denn er mußte sofort hinzufügen: „Allerdings habe man leider das Ideal der Entwicklung nicht verwirklichen können, denn die Welt sei noch immer voll Gefahren.“ Richtiger hätte er gesagt, dass alle als Kriegsläufer bekannten Ratten, voran Frankreich, gar nicht an Entwicklung denken und bei den Gewächsen geradezu ein Bettüsken einzusehen scheint. Die theoretischen Kundgebungen der Völkerverbundung ändern nichts daran, das für die Praxis alle Ausrüstungsregungen nur Ablehnung der harren Mächte erfordern haben. Die gesamte Arbeit der Kongresssitzung schwamm überhaupt völlig in der Luft. Das zeigt die groteske Lösung der armenischen Frage. Der Ausschuss, der eigens zu ihrer Erledigung eingesetzt war, beschloß die Entsendung eines Expeditionskorps zur Rettung Armeniens, das von den Vereinigten Staaten bezahlt werden sollte. Die Vereinigten Staaten aber lehnen es entschieden ab, mit dieser Angelegenheit bestellt zu werden!

Das Einzige fast, was die Völkerbundstagung an positivem Ergebnis aufweisen kann, ist der Beschluß, daß die wirtschaftliche Blockade als Mittel gegen solche Staaten eingesetzt werden soll, die sich dem Völkerbund nicht fügen. Es mußte auch hierbei freilich jedem einzelnen Staat überlassen werden, welche Maßnahmen er in derartigen Fällen ertreffen wolle oder könne. Denn dem Völkerbund selbst fehlt es an allen Mitteln zur Durchführung seiner Beschlüsse, auch an Geldmitteln, da die bei weitem meisten Mitglieder schon jetzt ihre Beiträge schuldig bleiben. Immerhin ist es bestimmt, daß man diese wirtschaftliche Abhängigkeit als das Executionsmittel des Völkerbundes anerkennt und empfiehlt, diese brutalste und unmenschlichste Waffe, die im Kriege die Entente gegen Deutschland zur Anwendung brachte. Es verrät das deutlich, wie durchaus überwiegend der Einfluss von Paris und London im Völkerbund ist. Diese Macht vergrößert ist auch die Generaltagung durch gleichzeitige Konferenzen, in denen sie ihren militärische Beschlüsse des Völkerbundes einfach festsetzen. Und so ist das Ergebnis des ersten Völkerbundkongresses, daß die Neutralen und überhaupt die kleineren oder eherlich friedliebenden Staaten erkannt haben werden, daß man sie lediglich zu Werkzeugen der französischen und englischen Gewaltspolitik machen will. Und diese Erkenntnis bedeutet für den gesamten Völkerbund schon heute den Todessturm.

### Politische Nachrichten.

#### Ein Adventswort Schrempf's.

In der neuesten Nummer des „Treuen Elberhard“ findet sich ein Adventswort des Reichsanzlers, das dem im deutschen Volke weitverbreiteten Hoffnungslos und Hoffnungslosigkeit entgegenwirkt. Die heutige Weltkonstellation sei nicht

**Blasewitz**  
Donnerstag, 23. Dezember 1920.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen

der Amtshauptmannschaften Dresden-Ultz. und Dresden-Meist., des Amtsgerichts Dresden, der Superintendenz Dresden II, des Forstamts Dresden, sowie der Gemeinden Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Radebeul, Böhla, Weißig, Schönfeld, Wachwitz, Niederpoyritz, Höfgenwitz, Pilnitz, Dobritz, Laubegast.

Druck und Verlag: Elbgau-Verlagsgesellschaft Hermann Beyer & Co., Blasewitz. / Verantwortlich für die Chefredaktion: Otto G. Zimmermann, Dresden; für den Anzeigenteil: Paul Beyer, Dresden.

Anzeigen-Preis: die 6 gespaltenen Grundzeile oder deren Kosten 1.— Mark, im Texte die Zeile 2.50 Mark, für Tabellen und schwierigen Satz 50% Aufschlag.

Anzeigen-Annahme für die nächste Nummer bis vorm. 11 Uhr.

von ewiger Dauer und die europäische Mitte durch leinerlei Gewalt oder Lust auf die Länge aus der friedlichen Entwicklung des Völkerlebens auszuschalten. Dringend notwendig sei die Wiederherstellung des Volksgeistes. An die Spalte stellt Schrempf die Notwendigkeit der inneren Befriedigung unseres Volkes. Wir haben, schreibt er, vor den äußeren Feinden die Waffen niedergelegt, und dabei beschlossen wir uns untereinander mit einer Erbteilung die allen Grundzüge des Pazifismus ins Gesicht schlägt. Wir sind arm geworden und müssen dem Ausland zinsen, und dabei vergessen wir Zeit und Arbeitskraft in unaufhörlichen Kombativen. Wir leiden Not an allen Ecken und Enden, und dabei wird statt des Aufbaues der Wirtschaft von kleinen Gruppen mit verführerischen, aber falschen Argumenten ihre Zerstörung organisiert unter dem Schlagwort der Diktatur des Proletariats.

#### Sparbuch beim Reichsministerium.

Berlin, 21. Dezember. Amtlich. Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner neunten Sitzung mit einer Reihe von Vorladungen, die der Reichskommissar für die Bereinigung und Vereinheitlichung der Reichsverwaltung in Verfolg des ihm erteilten Auftrages vorgelegt hatte. Die Vorladungen, die der Reichskommissar im eingehenden begründete, beziehen sich insbesondere auf die vom Kabinett bereits seit längerer Zeit ins Auge gefaßte Verminderung der Zahl der Ministerien auf die Entlastung der Zentralbehörden von jütl. Geschäftsbüros, die sachgemäß von nachgeordneten Behörden wahrgenommen werden können, auf die Abgrenzung der Kompetenzen zwischen den verschiedenen Reichsbehörden und zwischen den Reichs- und Landesbehörden. Der Reichskommissar betonte, daß die Raut der Anträge auf Bewilligung von Reichsmitteln für kulturelle, wirtschaftliche und soziale Zwecke entschieden eingedämmt werden müsse. Der Reichskommissar des Justizwesens brachte sodann in einem Korreferat unter weitgehender Bürigung der vorgestrahlten Grundgedanken auch diejenigen Momente zur Geltung, denen bei alter Sparsamkeit im Interesse der Schaffung unserer gesamten staatlichen Lebens Rechnung zu tragen ist. Er legte dar, welche der durch die Reichsverfassung dem Reich zugewiesenen Aufgaben nach Lage der Verhältnisse keinen Aufschub vertragen und welche neuen und umfangreichen Arbeiten der Verwaltung in wirtschaftlicher und politischer Beziehung durch den Friedensvertrag und die Kriegsfolgen auferlegt werden. Er erinnerte an die übermäßige Belastung der Arbeitskraft der Ministerien durch die vermehrte Tätigkeit der Arbeitskraft der Reichswirtschaftsministerium und der Reichsrat erforderlich, der Reichswirtschaftsminister und der Reichsrat erfordern, und bezeichnete es als notwendig, eine Reform der Arbeitsweise dieser Stellen in die Tat zu bringen. Der Minister betonte, daß es im Interesse unserer wirtschaftlichen Entwicklungsfähigkeit nicht angehe, die Aufgaben auf dem Gebiet der Wissenschaft, Kultur und Sozialpolitik unterschiedlos zu verteilen. Den Schwerpunkt der Reformen sieht der Minister in einer weitgehenden Dezentralisation aller Arbeit, die nicht in Interesse unserer außen- und innenpolitischen Einheitlichkeit unter den unmittelbaren politischen Verantwortung der Reichsregierung geleistet werden muss, durch Abgabe an die den Reichsministerien nachgeordneten Stellen, Landesbehörden, Räte und Gemeinden. Das Kabinett beabsichtigt, bei der Wichtigkeit und Schwereitigkeit der Materie die Minister zu christlichen Bönen mit letzter Frist darüber zu veranlassen, wie die Gesichtspunkte der Sparmaßnahmen und der notwendigen Erfüllung der Staatsaufgaben zu vereinigen sind. Nach Einigung dieser Bönen wird das Kabinett alsbald weitere Stellung nehmen.

#### Der Notchrei eines Kriegsgefangenen.

Frankfurt a. M., 21. Dezember. Durch die Presse ging vor einigen Tagen die Rote, daß in Türkismühle in einem deutschen Eisenbahnhof, der nach Frankfurt geändert wurde, und wieder zurückgekommen war, folgender Notchrei eines deutschen Kriegsgefangenen mit Bleistift geschrieben entdeckt worden ist: „Ich bin seit 1914 in französischer Haft und zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden. Ich darf meinen Eltern keine Nachricht geben. Ich bitte, wenn dieser Wagen in Deutschland ankommt, meinen Eltern Nachricht zu geben, daß ich noch am Leben bin und sofort Anzeige zu erstatten. Georg Wehrhahn, Hoherbach in der Pfalz. Daselbe gilt von meinem Freund Hamm.“ Auf Entdeckungen bei der Bürgermeisterei Hoherbach bei St. Ingbert kommt jetzt der Bescheid mit dem Beifügen darauf, daß es hier eine Familie Wehrhahn gibt, deren Sohn seit 1914 vermisst ist. Dieser ist mit dem, der den Notchrei ausstieß, identisch.

#### Die Eisenbahnbewegung.

Berlin, 21. Dezember. Zwischen den Organisationen der Eisenbahnbeamten und der Eisenbahnarbeiter sind laut „Borsig“ Verhandlungen zum Abschluß gekommen, in denen sich die beiderseitigen Organisationen solidarisch erklären und zu einem gemeinsamen Vorgehen verpflichten. In den Kreisen der Beamten hofft man, daß die Regierung bereit sei, sie auf neue Verhandlungen einzuladen.

Berlin, 21. Dezember. Wie der „Borsig“ mitteilt, handelt es sich bei den Forderungen der Eisenbahnarbeiter vor allem um die Sicherung eines Existenzminimums für die unteren Gruppen. Der deutschen Eisenbahnerverband und die Reichsgewerkschaft verlangen für die Beamten eine Erhöhung der Teuerungsabzüge mit einer Mindestgrenze von 7000 M. Darüber hinaus verlangt die Reichsgewerkschaft eine allgemeine Erhöhung des beweglichen Teuerungsabzuges um 25 Prozent, während der deutsche Eisenbahnerverband eine feste Teuerungsabzüge in den Ordnklassen A und B von 8000 M. und 7500 M. in C und D wünscht. Für die Arbeiter liegt eine gemeinsame Forderung der Tarifkontrahenten vor, den beweglichen Teuerungsabzüge allgemein um 1 M. zu erhöhen. Angesehen, sagt der „Borsig“, daß die Verwirklichung der vorstehenden Forderungen einige Milliarden Unkosten verursachen, bleibt es doch schon zu erwägen, ob nicht durch die Durchführung des Ge-

neralstreiks der Eisenbahner ein ungleich größerer Schaden angerichtet wird. Die Verantwortung für das, was in den nächsten Tagen geschehen kann, tragen alle, die in der Sache seien, entscheidend in den Konflikt einzutreten.

#### Einer von Erzbergers Rittertruppe.

Berlin, 21. Dezember. Der Mitteilung, daß ein früherer Chauffeur des früheren Reichsfinanzministers Erzberger ohne jede Prüfung zum Finanzinspektor ernannt worden sei, war eine halbamtl. Erklärung entgegentreten, die feststellt, daß es sich nicht um einen Chauffeur handle, sondern um einen langjährigen Kriminalbeamten, und daß dieser nur in den Dienst der Reichsfinanzverwaltung übergetreten sei. Der „Volksanzeiger“ ergänzt diese Erklärung wie folgt: Der langjährige Kriminalbeamte ist der frühere Kriminalbeamte Max Bierbaum, der den politischen Abteilung des Berliner Polizeipräsidiums angehört. Er wurde, wie es scheint, auf Grund bestimmter Beziehungen seinerzeit zum persönlichen Schutz des ehemaligen Reichsfinanzministers Erzberger kommandiert und begleitete diesen auch auf seinen vielen Reisen. Hier trat er in der Hauptstadt als Kraftwagengeleiter für Herrn Erzberger in die Erziehung. Jetzt ist Herr Bierbaum Zollinspektor im Reichsfinanzministerium, wo er die Abdankungen, Sinterziehungen und dergleichen unter sich hat. In Beauftragten wird die Frage aufgeworfen, wie es möglich ist, daß ein einfacher Kriminalbeamter ohne vorherige Prüfung oder sonstigen Bescheinigungsnachweis in eine Position gerufen werden kann, die außer einer gründlichen Allgemeinbildung auch technisches Wissen und Können erfordert.

#### Die Steuerhinterziehung Erzbergers.

Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin hat unabhängig von dem Strafverschreben wegen Meineids gegen den Abgeordneten Erzberger auch das Ermittlungsvorhaben wegen Steuerhinterziehung am Sonntag aufgenommen. Das neue Ermittlungsvorhaben erfolgt auf Grund des eingegangenen Berichtes des zuständigen Finanzamts Oberlottau.

#### Die neue deutsche Note über die Einwohnerwehr.

Wie die „Neue Berl. Zeitung“ erzählt, ist noch als Abschluß der Vorarbeiten innerhalb der Reichsregierung und nach Beendigung der Verhandlungen zwischen dieser und dem bayerischen Ministerialrat der Text der Antwort auf die Note des Generals Rötel in der Angelegenheit der Einwohnerwehr festgestellt worden. Die deutsche Note unterliegt nur noch der letzten Redaktion; ihre Veröffentlichung steht unmittelbar bevor. Die deutsche Regierung bekennt sich in ihr vollkommen zu dem Standpunkt der bayerischen Regierung und führt für den Weiterbeharr der Einwohnerwehr das Vorliegen eines höheren Staatsinteresses ins Tressen.

#### Frankreich macht Schwierigkeiten im Ausgleichsverfahren.

Paris, 21. Dezember. Der „Intercant“ erklärt, daß Deutschland für den Monat November dem französischen Schuldenausgleichsbureau die Summe von 27 Millionen Fr. hätte übermitteln sollen. Deutschland weigerte sich, diese Summe zu bezahlen, was die erste formelle Verleugnung der finanziellen Verpflichtungen des Versailler Vertrages bedeutet. Der französische Außenminister habe deshalb bereits zwei Notes verfaßt, die der deutschen Regierung übermittelt werden sollen.

#### Dänemarks Entschädigung an Deutschland.

Die „Dänische Rundschau“ meldet u. a. aus Kopenhagen: Das dänische Staatsministerium kündigte offiziell an, daß der Wiederherstellungsbaustein in Paris am 17. Dezember endgültig der Betrag festgestellt werden muss, durch Abgabe an die den Reichsministerien nachgeordneten Stellen, Landesbehörden, Räte und Gemeinden. Das Kabinett beabsichtigt, bei der Wichtigkeit und Schwereitigkeit der Materie die Minister zu christlichen Bönen mit letzter Frist darüber zu veranlassen, wie die Gesichtspunkte der Sparmaßnahmen und der notwendigen Erfüllung der Staatsaufgaben zu vereinigen sind. Nach Einigung dieser Bönen wird das Kabinett alsbald weitere Stellung nehmen.

#### Weibsnachsiedemontionen der Arbeitssoldaten in Berlin.

Aus Berlin meldet man vom 21. Dezember: Der „Rote Fahne“ ist es wieder einmal gelungen, ihre gesamte Gefolgschaft zu einem Sturmzauber auf die Schanzen des bürgerlichen Staates zusammenzutrommeln, und zwar suchte man sich die Tage unmittelbar vor Weihnachten dazu aus, um die Straßen der Reichshauptstadt mit Demonstranten zu füllen und neue Unruhe in das Leben Berlins einzufügen. Die Aktion ist sehr ausgedehnt. Die vereinten kommunistischen Partei befürchtete sich nicht daran, in Berlin ein Patriotenuer anzutreffen, sondern verlor auch das Reich mit einzuziehen. Unwirkt das auch dort geglättet ist, die Massen auf die Straßen zu bringen, wird erst aus der noch einlaufenden Weihnachtszeit zu erleben sein. In Berlin scharten sich die Kommunisten in verschiedenen großen Sälen zusammen, wo die Sitzungen teilweise einen turbulenten Charakter annahmen. Die der roten Stadtverordnetenpartei angehörigen Redner beklagten die Arbeitssoldaten nach Möglichkeit auf und erklärten, daß es nur an den bürgerlichen Fraktionen läge, wenn bisher keine Hilfsaktion zustande gekommen sei. Entsprechend der Gesetzgebung der Kommunisten sind auch die Forderungen bemerkbar. Jeder Arbeitssoldat soll sofort eine einmalige Summe von 1000 M. erhalten, außerdem sollen die Unterstützungen verdoppelt werden, daß Brennstoff- und Schuhwerk für Unisono zu liefern, und vom 1. Januar will man keine Forderungen erhoben werden, wenn man dagegen hält, in welcher Röllage sich Hunderttausende von Kleinbürgern befinden, die sich trocken durchschlagen, ohne daß ihnen irgendwelche Vergünstigungen zuteil werden. Eine der Sprecher wies sogar darauf hin, daß man nicht eher etwas oben könne, wenn es nicht an allen Ecken brenne. Das war die offene Aufrufung zum Aufmarsch. Nach Beendigung der Situngen waren dann die Massen nach dem Rathause. So erheblichen Auftreibungen ist es indessen dank der getroffenen